

Politische Medienbildung als zeitgemäße Demokratiebildung



VALENTIN DANDER
Prof. Dr., Professor für Medienbildung und pädagogische Medienarbeit, Hochschule Clara Hoffbauer Potsdam, und Projektleiter für die GMK im Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz,
v.dander@gmk-net.de

Ausgehend von aktuellen Herausforderungen für demokratische Gesellschaften und ihre Verschränkung mit Aspekten des Digitalen zeigt der Beitrag Verbindungslinien zwischen Medienbildung und politischer Bildung auf und betrachtet politische Medienbildung als zeitgemäße Ausprägung von Demokratiebildung. Abschließend wird argumentiert, dass einer solchen politischen Medienbildung auch im Kontext der Berufsbildung nicht nur auf der Ebene von Unterrichtsinhalten, sondern auch durch entsprechende Erfahrungsräume große Bedeutung zukommt.

Demokratiopolitische Herausforderungen zwischen dem Politischen und dem Digitalen¹

Zu den aktuellen Herausforderungen für demokratische Gesellschaften zählen Populismus, (Rechts-)Extremismus, gesellschaftliche Polarisierung sowie Angriffe auf Vielfalt und demokratische Institutionen. Sie alle stellen keine grundsätzlich neuen Phänomene in der politischen Landschaft dar, sind jedoch in einer neuen Vehemenz zu verzeichnen. Dies wird häufig in Verbindung mit der zunehmenden Relevanz digitaler Medien gebracht.

Im 21. Jahrhundert sind digitale Medientechnologien aus demokratischen Prozessen nicht mehr wegzudenken, sei es in der Wahlwerbung und Kampagnenarbeit, in der Gestaltung von Öffentlichkeiten zwischen professionellem Journalismus und persönlicher Meinungsäußerung oder in Strategien politischer Akteure, z. B. auf Tiktok, auf Gaming-Plattformen oder im »Dark Social«, also in der (semi-)privaten Kommunikation von Messenger-Diensten und Direktnachrichten (vgl. MÖLLER/LANGE 2021, S. 102 ff.).

Anhand von ausgewählten Aspekten gegenwärtiger Online-Öffentlichkeiten wird diese Verbindung von Politischem und Digitalem im Folgenden konkretisiert. Am Beispiel des überwiegend kommerziellen Charakters digitaler Infrastrukturen, destruktiver Diskursgestaltung in Online-Öffentlichkeiten und der Schwierigkeit, eine globale Infrastruktur zu regulieren, wird dargelegt, wie eng das Politische und das Digitale miteinander verschränkt sind. Digitale Medien werden nicht nur für politische Prozesse

genutzt (Politik *mit* Medien), sie sind gleichzeitig selbst Gegenstand politischer Aushandlungsprozesse und Entscheidungen (Politik *für* Medien). Das Verständnis für diese Zusammenhänge und ihre Wechselwirkungen bereitet den Boden für die darauffolgenden Überlegungen zu einer politischen Medienbildung.

Kommerzielle digitale Infrastrukturen für demokratische Online-Öffentlichkeiten

Digitale Infrastrukturen wie Suchmaschinen, Social-Media-Plattformen oder auch Chatbots werden verstärkt als relevante Orte der politischen Information und Meinungsbildung neben dem sozialen Nahfeld, Radio und Fernsehen genutzt. Darauf deuten bspw. Ergebnisse der JIM-Studie für junge Menschen in Deutschland hin (vgl. FEIERABEND u. a. 2023, S. 45). Demnach gewinnen vorrangig solche Diskursarenen an Bedeutung, die von privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen betrieben werden: Instagram, Threads, Facebook oder Whatsapp von Meta, die Google-Suchmaschine oder YouTube von Alphabet, Tiktok von ByteDance oder X (ehemals Twitter) im Besitz des libertären Multimilliardärs ELON MUSK. Aus deren Perspektive rücken statt demokratischer Zielsetzungen unternehmerische in den Vordergrund: Wie können durch Werbung oder Datafizierung von Usern Profite generiert werden? Wie können User möglichst lang und langfristig an die Plattformen gebunden werden? Welche Inhalte sind möglichst »click-worthy«, also klickwürdig und können profitable Antworten auf die beiden vorhergehenden Fragen darstellen? (vgl. SCHMIDT u. a. 2017) Der Fokus auf solche aufmerksamkeitsheischenden und emotionalisierenden Inhalte schadet einem demokratischen Diskurs – unabhängig davon, ob diese Wirkung intendiert ist oder nicht.

¹ Unter Verweis auf den 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung (vgl. BMFSFJ 2020, S. 8) und in Vernachlässigung feiner Differenzierungen werden hier und im Folgenden die Begriffe politische Bildung und demokratische Bildung (sowie Demokratiebildung) synonym verwendet.

Zerstörung demokratischer Diskurse durch Hass im Netz und Desinformation

Ein demokratischer Diskurs setzt voraus, dass Menschen einander zuhören, Perspektiven und Argumente austauschen und nachvollziehen sowie abweichende Interessen und Meinungen im Rahmen des demokratischen Spektrums akzeptieren und auf Gewaltmittel verzichten. Gewaltvolle Diskursstrukturen eignen sich nicht zur politischen Meinungsbildung. Knapp 40 Prozent der 12- bis 19-Jährigen in Deutschland geben 2023 in einer repräsentativen Befragung des Kompetenznetzwerks gegen Hass im Netz an, dass ihnen im vergangenen Monat Hate Speech begegnet sei (vgl. BERNHARD/ICKSTADT 2024). Hass im Netz ist eine Form digitaler Gewalt und führt zum asymmetrischen Rückzug marginalisierter und diskriminierter Personengruppen im Internet. Dadurch wird der demokratische Diskurs verzerrt und undemokratisch. Hassbotschaften werden systematisch eingesetzt, um politische Gegner/-innen zum Verstummen zu bringen – insbesondere von Akteuren der extremen Rechten (vgl. FIELITZ/MARCKS 2019). Ähnliches gilt für Desinformationsstrategien, die propagandistischen Zwecken dienen, Verunsicherung erzeugen und das Vertrauen in demokratische Institutionen erschüttern (vgl. BERNHARD u. a. 2024, S. 16 ff.).

Zur (Nicht-)Regulierbarkeit des Internets

Eine Möglichkeit des Umgangs mit undemokratischem Verhalten besteht in der (politischen) Regulierung, also in der Formulierung und Durchsetzung von Regeln für (digitale) Infrastrukturen und Diskurspraxis. Das Internet als globale Struktur erweist sich in dieser Hinsicht als schwer demokratisch zu regulieren und zu kontrollieren. Regulierung und Rechtsdurchsetzung sind jedoch möglich, wie der Kampf gegen illegale Filesharing- und Streaming-Plattformen zeigt. Seitens der Europäischen Union sind zudem Bemühungen zu erkennen, rechtliche Mittel gegen die Datafizierung von Usern oder gegen digitale Gewalt auf supranationaler Ebene bereitzustellen, etwa mit der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) oder aktuell mit dem Digital Services Act (seit Februar 2023 für alle Plattformen in Kraft²) und dem Digital Markets Act (gilt seit Mai 2023³). Inwieweit sich diese Schritte der EU gegenüber allen Online-Services als wirksame Mittel erweisen, wird sich zeigen müssen – ein erstes Verfahren gegen X wurde bereits aufgrund der potenziell

irreführenden Verifizierung von Accounts auf der Plattform eröffnet.⁴

Politische Medienbildung als Schnittmenge von Medien- und Demokratiebildung

Wie gezeigt wurde, sind das Politische und das Digitale eng miteinander verschränkt und lassen sich kaum getrennt voneinander bearbeiten. Angesichts dessen lässt sich fragen: Wie gestaltet sich das Verhältnis der beiden Bildungsbereiche politische Bildung und Medienbildung mit ihren Inhalten, Zielbestimmungen und Ansätzen? Worin lassen sich mit Blick auf die Zielkategorien politische Kompetenz und Medienkompetenz Strukturähnlichkeiten identifizieren, die den Kern von politischer Medienbildung bilden? Und welche methodischen Ansätze bieten sich zur Zielerreichung an?

Dies lässt sich zunächst für die Medienbildung zeigen. Der wichtigste Zielbegriff medienpädagogischer Praxis ist »Medienkompetenz« (vgl. z. B. MOSER/GRELL/NIESYTO 2011). Medienkompetenz beinhaltet in seinen verschiedenen Modellierungen u. a. politische, technische, kreativ-ästhetische, unterhaltende Aspekte im Umgang, in der Nutzung, im Verständnis von und im Urteil über mediale Formen, Inhalte und Kontexte. In ihren (selbst-)reflexiven und ethischen Dimensionen ist dem Konzept eingeschrieben, sich gegen gewaltvolle, undemokratische Formen der Mediennutzung zu verwehren (vgl. DANDER 2024). Die Befähigung zu Kommunikation und Partizipation gilt in der aktiven Medienarbeit – als prominentem Ansatz in der Medienbildung – als »wichtige Zielgröße«. »Meinungsäußerung und Partizipation« scheinen als Inhalt wie auch als methodische Herangehensweise auf (vgl. RÖSCH 2017, S. 10 ff.).

Dies lässt sich in ähnlicher Weise für die politische Bildung nachvollziehen: WOHNIG arbeitet heraus, dass die Befähigung zu politischer Partizipation auch hier zentrales Ziel, aber auch (methodischer) Weg ist (vgl. WOHNIG 2022, S. 352; S. 366). An verschiedenen Stellen wird zudem darauf verwiesen, dass die politische Sphäre nicht ausreichend verstanden werden kann, wenn sie nicht medienkompetent erfasst wird: Medienkompetenz wird etwa als »klassisches Ziel politischer Bildung« (GAPSKI/OBERLE/STAUFER 2017, S. 22) bzw. »Medienkompetenzen als zentrale demokratische Kompetenzen« (BMFSFJ 2020, S. 316) ausgewiesen. Politische Bildung soll »(kritische) Medienbildung« sein (ebd., S. 296).

Für politische Medienbildung als Schnittmenge der beiden Bereiche kristallisieren sich die folgenden Dimensionen und Teilaspekte heraus, die mit Blick sowohl auf die dynamischen Verschränkungen des Gegenstandsbereichs als

² Vgl. https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/europe-fit-digital-age/digital-services-act_en

³ Vgl. https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/europe-fit-digital-age/digital-markets-act-ensuring-fair-and-open-digital-markets_de

⁴ Vgl. www.zeit.de/digital/2024-07/digital-services-act-eu-elon-musk-x-verstoss

auch auf die heterogenen Zielgruppen auszudifferenzieren sind (vgl. BUSSE/KREBS 2022):

- **Wissen und Information** über mediale Aspekte des politischen Systems (Nutzung von analogen und digitalen Medien für politische Zwecke, innerhalb und außerhalb des Parteiensystems) und über politische Aspekte des medialen (Aspekte der Netzpolitik, die politische Diskurse prägen: Plattform- und Datenpolitiken, bspw. in Form von (supra-)nationaler Regulierung und von zivilgesellschaftlichem Engagement);
- **Urteilsbildung und Kritik** hinsichtlich der demokratischen Legitimität und Erwünschtheit von medialer Artikulation in politischen Öffentlichkeiten in Form und Inhalt (was und wie wird etwas artikuliert?). In Auseinandersetzung mit verschiedenen Kriterien des Sagbaren (Menschenrechte, Grundgesetz, Diskriminierungs- und Meinungsfreiheit, Medienethik etc.) gilt es, je eigene Positionierungen zu Grenzen des Sagbaren zu entwickeln;
- **Handlungsfähigkeit und Partizipation** beziehen sich auf eigene Handlungsrepertoires, um diverse Medientechniken und -kulturen zur Artikulation eigener Positionierungen nutzen zu können. Damit werden Individuen zur politischen Partizipation in demokratischen Medienöffentlichkeiten befähigt. Partizipation ist hierbei zugleich als Lernziel und als methodisches Prinzip einzubeziehen (etwa durch demokratische Mitbestimmung von Bildungsangeboten, Technologien digitaler Partizipation);
- **(Selbst-)Reflexivität** umfasst die Fähigkeit und Motivation zu einer aktiven und anhaltenden Auseinandersetzung mit politischen Einstellungen. Wie entwickeln und verändern sich politische Einstellungen und wie ist die Bereitschaft, sowohl eigene Haltungen und politische Medienpraxis auf den Prüfstand zu stellen als auch jenen anderer mit Interesse und Verständnis zu begegnen? Dies gilt generell als Grundlage für die friedliche und demokratische Bearbeitung von Dissens in Diskurskonstellationen – unabhängig davon, ob sie digital oder analog geführt werden.

Politische Medienbildung in der Berufsbildung

Wie oben gezeigt wurde, muss Medienbildung als politische Bildung konsequent berücksichtigt werden – und vice versa. Das gilt für alle Bildungskontexte, auch für die Berufsbildung. Im Strategiepapier »Bildung in der digitalen Welt« der Kultusministerkonferenz wird in den sechs Kompetenzbereichen der Teilaspekt 2.5. »An der Gesellschaft aktiv teilhaben« genannt, dieser im Abschnitt zur Beruflichen Bildung jedoch nicht weiter spezifiziert (vgl. KMK 2016, S. 11, 14 ff.). Die zuvor dargestellte, umfassende Schnittmenge von politischer Bildung und Medienbildung wird somit nur am Rande abgebildet und adressiert. Acht Jahre später verdeutlicht die Ständige Wissenschaftliche Kommission der

KMK (SWK) in ihrer Stellungnahme »Demokratiebildung als Auftrag der Schule« zwar ein »besonderes Augenmerk«, das der politischen Medienbildung in Schulen zukomme (SWK 2024, S. 47), erwähnt dabei aber berufsbildende Schulen lediglich mit dem Hinweis, dass politische Bildung bereits fast flächendeckend verankert sei (ebd., S. 15). Dabei gilt es, Medienbildung, politische Bildung und spezifische Kontexte der Berufsbildung zusammenzudenken – hinsichtlich der Curricula, der Methoden und pädagogischen Ansätze, der Lehrkräfte sowie einer demokratischen Kultur an beiden Lernorten, Schule und Betrieb.

Politische (Medien-)Bildung ist auf Beteiligung in allen Sozialräumen angewiesen, auch in der beruflichen Bildung, die u. a. als demokratische Bildungsstrukturen gefordert sind (vgl. BMFSFJ 2020, S. 15, 257 ff.). Wenn politische Bildung und Medienbildung Partizipation und Teilhabe lediglich als abstrakte Wissensbestände vermitteln, ohne sie erfahr- und erlebbar zu machen, bleibt dieses »Wissen« rein abstrakt und kann keine Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglichen.

Wie BUSSE und KREBS festhalten, ist »die Lerngelegenheit an der Berufsschule vor allem für bildungsfernere Auszubildende häufig die letzte Begegnung mit institutioneller politischer Bildung« (BUSSE/KREBS 2022, S. 69). Dafür ist jedoch auch eine entsprechende Unterstützung und Professionalisierung des Lehrpersonals erforderlich (vgl. z. B. den von SUERMANN/MÖLLERS-SADLOWSKI 2023 entwickelten Ansatz zum »Umgang mit demokratiefeindlichen Äußerungen«). Allerdings hält die Stellungnahme der SWK am Beispiel von Mis- und Desinformationen fest, dass Schulen als Bildungsorte allein nicht ausreichen, um digitalen und politischen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen (vgl. SWK 2024, S. 8). Hier kommt dem betrieblichen Lernort auch über die Ausbildung hinaus eine wichtige Rolle zu. Neben Initiativen, die in den Betrieben Anlässe politischer (Medien-)Bildung organisieren (vgl. BUSINESS COUNCIL FOR DEMOCRACY⁵ oder auch HARTMANN in diesem Heft), spielt eine gelebte demokratische Kultur im Betrieb und am Arbeitsplatz eine bedeutsame Rolle. Letztlich sind Entscheider/-innen in Bildung, Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und allgemein in der Zivilgesellschaft aufgefordert, Demokratie erfahr- und lebbar zu machen. Mit Blick auf die Berufsbildung wie für alle Bildungskontexte bedeutet das, Demokratie und Teilhabe, gerade auch durch politische Medienbildung und digitale Partizipation, auf allen Ebenen eine hohe Priorität zuzuweisen: in Curricula, in der Methodengestaltung, in schulischen Organisations- und Entscheidungsstrukturen, im Rahmen der Ausbildung von

⁵ Der Business Council for Democracy (#BC4D) etwa ließe ein »digitales Curriculum zu den Themen Desinformation, Verschwörungsmythen und Hass im Netz« für den Einsatz in Unternehmen entwickeln.

Lehrkräften wie auch in der Erforschung all dieser Zusammenhänge in engem Austausch mit der Bildungspraxis. ◀



Weitere Materialien im Netz

- Bildungsmaterial gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Gewalt. Für Demokratie, Vielfalt und Anerkennung: www.vielfalt-mediathek.de/material/rechtsextremismus/umgang-mit-demokratiefeindlichen-aeusserungen-ausbilder
- Business Council for Democracy (#BC4D): www.bc4d.org
- Good-Practice-Sammlung zur pädagogischen Arbeit gegen Hass im Netz: <https://hass-im-netz.gmk-net.de/good-practice-sammlung/>

LITERATUR

- BERNHARD, L.; ICKSTADT, L.: Lauter Hass – leiser Rückzug. Wie Hass im Netz den demokratischen Diskurs bedroht. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung. Berlin 2024. URL: <https://kompetenznetzwerk-hass-im-netz.de/lauter-hass-leiser-rueckzug/>
- BERNHARD, L.; SCHULZ, L.; BERGER, C.; UNZICKER, K.: Verunsicherte Öffentlichkeit. Superwahljahr 2024. Sorgen in Deutschland und den USA wegen Desinformationen. Gütersloh 2024. URL: www.bertelsmann-stiftung.de/doi/10.11586/2024020
- BMFSFJ (Hrsg.): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin 2020. URL: www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/16-kinder-und-jugendbericht-162238
- Busse, R.; KREBS, P.: Digitale politische Partizipation von Jugendlichen in der Berufsausbildung. In: SCHUMANN, S.; SEEGER, S.; ABELE, S. (Hrsg.): Digitale Transformation in der Berufsbildung. Konzepte, Befunde und Herausforderungen. Bielefeld 2022, S. 55–74
- DANDER, V.: Politische Medienbildung und der digitale Faschismus. Normative Anfragen an medienpädagogische Kernkonzepte. In: SCHENK, S. (Hrsg.): Populismus und Protest. Demokratische Öffentlichkeiten und Medienbildung in Zeiten von Rechtsextremismus und Digitalisierung. Opladen/Berlin/Toronto 2024, S. 149–174
- FEIERABEND, S.; RATHGEB, T.; KHEREDMAND, H.; GLÖCKLER, S.: JIM-Studie 2023. Jugend, Information, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs), Stuttgart 2023. URL: www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2022/JIM_2023_web_final.pdf
- FIELITZ, M.; MARCKS, H.: Digital Fascism. Challenges for the Open Society in Times of Social Media. Berkeley Center for Right-Wing Studies Working Paper Series 2019
- GAPSKI, H.; OBERLE, M.; STAUFER, W.: Einleitung. In: GAPSKI, H.; OBERLE, M.; STAUFER, W. (Hrsg.): Medienkompetenz. Herausforderung für Politik, politische Bildung und Medienbildung. Bonn 2017, S. 17–30
- KMK: Bildung in der digitalen Welt. Strategie der Kultusministerkonferenz 2016. URL: www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2018/Strategie_Bildung_in_der_digitalen_Welt_idF_vom_07.12.2017.pdf
- MÖLLER, L.; LANGE, D.: Das Digitale und das Politische. Alltags- und subjektorientierte Zugänge der Politischen Bildung. In: MÖLLER, L.; LANGE, D. (Hrsg.): Augmented Democracy in der Politischen Bildung. Neue Herausforderungen der Digitalisierung, Bielefeld 2021, S. 101–110
- MOSER, H.; GRELL, P.; NIESYTO, H. (Hrsg.): Medienbildung und Medienkompetenz. Beiträge zu Schlüsselbegriffen der Medienpädagogik. München 2011
- RÖSCH, E.: Aktive Medienarbeit. In: Grundbegriffe Medienpädagogik. München 2017
- SCHMIDT, J.-H.; HÖLIG, S.; MERTEN, L.; HASEBRINK, U.: Nachrichtennutzung und Meinungsbildung in Zeiten sozialer Medien. In: Informatik-Spektrum 40 (2017) 4, S. 358–361. URL: <https://link.springer.com/article/10.1007/s00287-017-1057-y>
- SUERMAN, L.; MÖLLERS-SADLOWSKI, C.: Umgang mit demokratiefeindlichen Äußerungen. Demokratische Kompetenzen stärken und Demokratiefeindlichkeit sicher begegnen. Qualifizierungskonzept für Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen, Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus e.V. 2023. URL: www.vielfalt-mediathek.de/material/rechtsextremismus/umgang-mit-demokratiefeindlichen-aeusserungen-ausbilder
- SWK – STÄNDIGE WISSENSCHAFTLICHE KOMMISSION DER KULTUSMINISTERKONFERENZ: Demokratiebildung als Auftrag der Schule – Bedeutung des historischen und politischen Fachunterrichts sowie Aufgabe aller Fächer und der Schulentwicklung. Stellungnahme der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz. Bonn 2024. URL: https://swk-bildung.org/content/uploads/2024/06/SWK-2024-Stellungnahme_Demokratiebildung.pdf
- WOHNIG, A.: Politische Partizipation als Weg zum Ziel politischer Bildung. In: WOHNIG, A.; ZORN, P. (Hrsg.): Neutralität ist keine Lösung! Politik, Bildung – politische Bildung. Bonn 2022, S. 341–374

(Alle Links: Stand 17.10.2024)